

## Thesenpapier

# Manfred Kunth, Bürgerplattform „Wir sind da“

Podiumsdiskussion FES im Landtag, Hannover 3.11.2010

„Demokratie braucht alle – für eine moderne Politik gegen soziale Ausgrenzung“

Wir leben in einer Zeit mit vielen Emanzipationsbestrebungen

Beispiele: Frau – Mann, Kirchgänger – Bischof – Papst, aber auch Bürger – Politiker

Menschen, egal welchen sozialen Standes, achten generell auf ihre eigene Lebenssituation, sie vergleichen sich mit ihren Mitbürgern und sie beurteilen ihr Umfeld, versuchen es auch gelegentlich zu verändern.

Deshalb gibt es auch nicht den grundsätzlich unpolitischen Bürger. Sie suchen ihre Vorteile und seltener auch die der Gesellschaft, in der sie leben.

Um politisch zu wirken, müssen Bürger meistens „angeregt“ oder „aufgeregt“ werden. Sie brauchen Mitstreiter und Macht um von „ihren Politikern“ wahrgenommen zu werden.

Bunt gemischte Bevölkerungsgruppen wie Kirchen, Moscheen, unterschiedliche Gruppen, Vereine usw. sind Repräsentanten für eine bestimmte geografische und politische Region.

Community Organizing = Bürgerplattformen bieten interessierten Gruppen eine politische Mitwirkungsmöglichkeit.

Seit vielen Jahrzehnten arbeiten sie mit viel Erfolg für ihre Regionen in den USA. Seit einigen Jahren zeigt auch die erste deutsche Plattform in Berlin-Schöneweide, dass diese Idee des Community Organizing „funktioniert“.

„Wir sind da“, so nennt sich unsere Plattform in Berlin-Moabit und -Wedding. Sie wurde im November 2008 von über 1100 Mitgliedern gegründet und war damit die größte Gründungsinitiative einer Bürgerplattform deutschlandweit. Hier wurde politisches Interesse der Bevölkerung bewiesen.

### Merkmale einer Bürgerplattform:

<b>bunt</b>	s.o., Abbild der Bevölkerung (Status, Rasse, Religion, Alter usw.)
<b>unparteiisch</b>	neutral, nur erfolgsorientiert
<b>gleichberechtigt</b>	jede Mitgliedsgruppe hat eine Stimme
<b>unabhängig</b>	frei von Ideologien, Religionen, kein staatliches Geld
<b>kraftvoll</b>	viele Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten
<b>engagiert</b>	ungezwungene Mitarbeit, ohne Karrierestreben
<b>wissend</b>	Erfahrungsvielfalt der Mitglieder aus Gesellschaft und Beruf
<b>kreativ</b>	viele Menschen haben viele Ideen
<b>strategisch</b>	Machbares erkennen und einfordern
<b>zielstrebig</b>	mit Fairness aber Ergebnis-orientiert verhandeln und streiten

<b>selbstbewusst</b>	Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe
<b>respektvoll</b>	innerhalb der Bürgerplattform und gegenüber unseren Gesprächspartnern
<b>langlebig</b>	keine Projektbegrenzung, immer neue Problemstellungen

Diese Eigenschaften machen politische Mitarbeit attraktiv.

Als einen positiven Nebeneffekt empfinden wir in unserer Bürgerplattform die dort praktizierte Integration.

Mitglieder einer Bürgerplattform müssen lernen und mündig werden. Sie werden geschult und wachsen mit ihren Aufgaben und Erfolgen.

Sie vernetzen sich auf Landes- und Bundesebene und auch international.

Unser Ziel lautet: Gemeinsam Lösungen für eine stetig bessere Lebenssituation finden und realisieren. Dabei ist wichtig: Miteinander – nicht gegen unsere gewählten Volksvertreter!

Keine Proteste, sondern praktikable Lösungsvorschläge für aktuelle Probleme.

Bürgerplattformen wollen die jeweiligen Entscheidungsträger (Amt, Landesregierung, in Berlin: Senat) fordernd und unterstützend begleiten. Motto: „Ziehen und Schieben“.

Die Abarbeitung bestimmter Projekte führt nicht zur Auflösung der Bürgerplattform, sondern eher zu einem Wachstum des politischen Engagements und des Demokratieverständnisses ihrer Mitglieder auf Dauer.

Bürgerplattformen sollen künftig möglichst flächendeckend zur demokratischen Politiklandschaft gehören.

Diese sozial durchmischten, politisch aktiven Bürgergruppen neben sich zu wissen, sollte (neben eigenen Parteigremien) Wunsch und Verlangen aller demokratischen Parteien sein, egal ob sich diese in Regierungs- oder Oppositionsverantwortung sehen.

Entscheidend ist hierbei, dass die Politik ihren Bürgern eine gewisse Mündigkeit zutraut und dass sie die Bürgermeinung auch hören möchte.

Dann stellen Bürgerplattformen neben Parteimitgliedern, Lobbyvertretern, Wirtschaftsmanagern und den Medien (Presse, Fernsehen Rundfunk) eine weitere Möglichkeit der demokratischen Willensäußerung dar.